

Vor den Haushaltsberatungen fand eine von der CDU beantragte Aktuelle Viertelstunde zum Thema „Ministergehälter in Brandenburg“ statt. Finanzminister Schleußer bezifferte die NRW-Leistungen an Politiker in den neuen Bundesländern auf rund eine Million Mark pro Jahr. Die CDU beantragte später, den Titel um 40 000 Mark zu kürzen. Die SPD widersprach unter Hinweis auf den Staatsvertrag, der 1995 geändert werden soll.

Allein der Bericht des Unterausschusses Personal zum Personaletat, der zuerst auf der Tagesordnung stand, umfaßte 80 Seiten. Die von Vorsitzendem Peter Bensmann (CDU) vorgetragene einstimmig beschlossenen Änderungen wurden vereinbarungsgemäß auch vom Gesamtausschuß angenommen.

Bei den einzelplanübergreifenden Änderungsanträgen überraschte die F.D.P. mit einer neuen Wortschöpfung: Als „qualifizierte Minderausgabe“ möchte sie eine Milliarde Mark einsparen, die Hälfte davon global in allen Ressorts außer: Innen, Justiz, Kultus und Wissenschaft. Eine weitere Milliarde Mark will sie durch den Verkauf von Landesbeteiligungen erwirtschaften und dafür die Schuldenneuaufnahme um zwei Milliarden Mark senken.

Finanzminister Schleußer bekundete gewisse Sympathie dafür, hielt die Umsetzung aber für unrealistisch.

Auch die CDU schlug etwas Neues vor. Ihr finanzpolitischer Sprecher Hartmut Schauerte beantragte eine „differenzierte Nullrunde“ bei den nächsten Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst mit Einsparungen in Höhe von 600 Millionen Mark, und zwar als Nullrunde für die oberen Gehaltsgruppen und mit Zuwächsen als Inflationsausgleich nur für die unteren Besoldungsgruppen. Außerdem wollte die CDU noch 749 Millionen Mark als weitere globale Minderausgaben erwirtschaften sowie den Verstärkungstitel für die Öffentlichkeitsarbeit aller Ressorts in Höhe von zehn Millionen Mark streichen. Bei den Einnahmen sollten 68 Millionen Mark durch Auflösung der Sonderrücklage bei der WestLB ausgebracht werden. Weitere Vorschläge der CDU zielten auf die schuldenminimierende Bewirtschaftung des Landesvermögens.

Auch von der GRÜNEN-Fraktion waren Änderungsanträge eingegangen. 500 Millionen Mark Erlös aus dem Verkauf von WestLB-Anteilen sollen den Kommunen für Arbeitslose zugewiesen werden. In allen Ministerien

Sitzungsmarathon im Haushaltsausschuß

Sechzehn Millionen titelscharf umgeschichtet

Fast sechs Stunden lang berieten die Mitglieder des Haushalts- und Finanzausschusses am 2. Dezember, um Sachzwänge mit vorhandenen Mitteln im Landeshaushalt 1994 in Einklang zu bringen. In 42 Berichten hatten die Fachausschüsse des Landtags Änderungen des Entwurfs des Finanzministers empfohlen, denen nur teilweise gefolgt wurde. Ausschußvorsitzender Leo Dautzenberg (CDU) wünschte sich gleich eingangs im Hinblick auf die nächsten Jahre „weniger Papier“ und mehr richtungweisende Beschlüsse zur Eindämmung des Haushaltsvolumens. Insgesamt schichtete der Ausschuß durch Anträge der SPD-Fraktion ein Volumen von 15,7 Millionen Mark um und beantragte Erhöhungen um fast fünf Millionen Mark. Zur dritten Lesung am 10. Dezember brachten die Fraktionen erneut Änderungsanträge ein.

sollen Frauenreferate eingerichtet werden und weibliche Beschäftigte unterer Lohngruppen mehr Fortbildung erhalten. Die Grünen-Anträge wurden einstimmig abgelehnt. Die SPD beantragte entsprechend den Beschlüssen des Ausschusses für Kommunalpolitik höhere Mittel für Übungsleiter, Zentrale Anlaufstellen für Asylbewerber und Abwassergebühren (siehe vorige Ausgabe).

Beim Einzelplan 01 — Landtag — wurden Mehrausgaben in Höhe von 15 Millionen Mark bewilligt, unter anderem für Untersuchungsausschüsse und Reisekosten für die Mitgliedschaft im Ausschuß der Regionen Europas. Die Verwaltung wurde intensiv nach den Kosten für eine Kulturveranstaltung im Herbst befragt.

Die CDU und teilweise auch die Grünen wollten bei Verfügungsmitteln des Ministerpräsidenten, beim Landespresseamt, bei Repräsentation, bei Entwicklungszusammenarbeit, beim EG-Gipfel in Essen, beim Filmfestival Köln und beim Wissenschaftszentrum NRW kürzen. Die Anträge beider Fraktionen wurden abgelehnt, der Einzelplan 02 mit den Stimmen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der CDU und F.D.P. angenommen. Beim Einzelplan 03 — Innenminister — stimmte der Haushaltsausschuß dem von der SPD beantragten Mehrbetrag von 1,5 Millionen Mark für die Umwandlung von Stellen des mittleren in den gehobenen Polizeivollzugsdienst der Geburtsjahrgänge 1938 bis 1940 zu.

Im Einzelplan 05 — Kultusminister — gab es durch 30 angenommene SPD-Anträge aus fünf Fachausschüssen zahlreiche Änderungen, die sich allerdings nur auf einen geringen Teil des Kultus-Gesamtvolumens von 14 256 Millionen Mark beziehen. Auch die Kultur- und Schulpolitiker der CDU und der Grünen stellten zahlreiche Anträge, um bestimmte Akzente zu setzen. In der Sitzung am 2. Dezember kam noch einmal die Lehrer-Schüler-Relation bei der integrativen Beschulung Behinderter und Nichtbehinderter in der Sekundarstufe I zur Sprache. CDU-Abgeordnete hatten sich um eine integrative Beschulung in Aachen bemüht.

Beim Einzelplan 06 — Wissenschaft und For-

schung — mit Gesamtausgaben von 7744 Millionen Mark beantragte die SPD, 25 Schreibkräfte aus dem Hochschulbereich nicht „künftig wegfallen“ zu lassen, sondern „künftig umzusetzen“ an die Fachhochschulen. Für ungerecht hielt die SPD auch die dort geringeren Stundensätze für studentische Hilfskräfte und erhöhte im Einvernehmen mit der Opposition die Titel entsprechend.

Beim Einzelplan 07 — Arbeit/Gesundheit/Soziales — wies Reinhold Trinius (SPD) auf die umfangreichste Änderung, nämlich die erhöhten Zuweisungen an Träger der öffentlichen und der freien Jugendhilfe hin. Dr. Manfred Busch (GRÜNE) erläuterte ein Bündel von Anträgen seiner Fraktion zur Ausländerintegration hin, die jedoch sämtlich abgelehnt wurden. Zum Einzelplan 07 gab es die meisten Änderungsanträge.

Beim Einzelplan 08 — Wirtschaft/Mittelstand/Technologie — nahm der Haushaltsausschuß einen aktuellen Änderungsantrag der F.D.P. einstimmig an: Der Ansatz für den „Förderbaustein Gründung und Wachstum“ darf auch „für Binnenschiffer“ verwendet werden. Die ausführliche, von CDU-Sprecher Hartmut Schauerte angeregte Diskussion über die neue Haushaltsstelle für Grundstückserwerb beendete der Ausschuß mit einem Berichtersuchen an die Landesregierung noch zur dritten Lesung über haushaltsrechtliche Probleme bei der Handhabung des Grundstücksfonds.

Bei der von Karl Wegener (CDU) eröffneten Aussprache über gesperrte Abschlagszahlungen an die Wasserwirtschaft ergab sich weiterer Abstimmungsbedarf.

Bereits drei Tage später, rechtzeitig zur Plenarwoche mit zweiter und dritter Lesung, lagen den Abgeordneten die überarbeiteten Einzelpläne mit allen Änderungen und auch den abgelehnten Anträgen vor, die in Wochenendarbeit von Ausschußassistent Hans Lauf mit Hilfe des Finanzministeriums und der Hausdruckerei erstellt wurden. Für das hohe Maß an Transparenz bei den diesjährigen Haushaltsberatungen im NRW-Landtag bedankte sich Vorsitzender Dautzenberg im Namen des gesamten Ausschusses.



Sie brachten die Gestaltungswünsche der Fraktionen im Haushalt 1994 über die vom Gesetzgeber vorgeschriebenen Hürden, v.l.: Ausschußvorsitzender Leo Dautzenberg (CDU) und Hans Lauf (Ausschußassistent). Reinhold Trinius (SPD) nannte Gründe, warum Oppositionsanträge nicht angenommen wurden; Hartmut Schauerte (CDU) befaßte sich eingehend mit dem Landesvermögen; Rudolf Wickel (F.D.P.) setzte einen Verwendungszweck für Binnenschiffer durch; Dr. Manfred Busch (GRÜNE) wollte dreistellige Millionensummen umschichten.

Fotos: Schüler